

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

204 (3.9.1906)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementpreis: im Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Filialen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Sassenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 3144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Anzerate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pf., Lokal-Anzerate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 204.

Karlsruhe, Montag den 3. September 1906.

26. Jahrgang.

Bericht des Parteivorstandes.

V.

Wahlrechtsbewegung.

Deutschland zählt unter seinen 26 Bundesstaaten drei Republiken: die „Freien Hansestädte“, wie der offizielle Ausdruck lautet. Das Prädikat „frei“ haben alle drei aus Furcht vor der aufstrebenden und den Anspruch auf Gleichberechtigung geltend machenden Arbeiterbewegung preisgegeben. Lübeck eröffnete den Reigen. Der vorjährige Vorstandsbericht gibt darüber eingehende Auskunft.

Der Versuch der Wahlrechtsverschlechterung in Bremen durch Einführung des Jenius schlug fehl. Die richtige Agitation der Parteigenossen bereitete den Wahlrechtsraub in der beabsichtigten Form. Immerhin gelangte eine Bestimmung zur Annahme, die den Parteigenossen nicht nur das weitere Vordringen erschweren soll, sondern auch dazu bestimmt ist, den Einfluss der sozialdemokratischen Eindringlinge auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

In Hamburg gingen von 160 Mandaten der Landesgesetzgebung 80 aus den sogenannten allgemeinen Wahlen hervor, das heißt 80 Vertreter konnten von den Bürgern gewählt werden. Das Bürgerrecht erhält aber nur derjenige Staatsangehörige, der fünf Jahre hintereinander ein Einkommen von mindestens 1200 Mk. verzeichnet hat. Am 10. Mai 1905 hatte der Senat eine Vorlage eingebracht, nach welcher den Besizenden 104 Sitze gesichert werden sollten. Die Einteilung sollte wie folgt sein: 40 Abgeordnete werden von den Hausbesitzern gewählt, 40 Abgeordnete werden von den sogenannten Notabeln, Richtern, hohen Beamten z. gewählt, acht sollte das Landgebiet und 72 sollten in der Stadt gewählt werden. Weiter wurde bestimmt: Bürger, welche mindestens 3 Jahre hintereinander ein Einkommen von über 6000 Mk. versteuert haben, sollen 24 Abgeordnete, die Bürger mit einem Einkommen von 3000 bis 6000 Mk. 24 Abgeordnete und die Bürger mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mk. auch 24 Abgeordnete wählen. Also das elende Dreiklassenwahlrecht verschlechtert durch den Ausschluß aller der Staatsbürger, die wegen ihres niedrigen Einkommens nie das Bürgerrecht erwerben, und ferner verschlechtert durch das Hausbesitzer- und Notabelwahlrecht. Die Vorlage ging, nachdem sie in erster Lesung in der Bürgerkammer durchberaten war, an eine Kommission, deren Bericht zum Weihnachtsfest erschien. In der Kommission hatte man die zwei höchsten Klassen miteinander verschmolzen und nun folgende Verteilung der Mandate vorgenommen: 40 Mandate für die Notabeln, 40 Mandate für die Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2500 Mk., 24 Mandate für die Bürger mit einem Einkommen von unter 2500 Mk. und 8 Mandate für das Landgebiet.

Das Erscheinen dieses Berichts wirkte auf die Bevölkerung wie ein Blitzlicht. Es trat eine Erregung ein, wie Hamburg sie noch nicht gesehen hat. In Protestversammlungen, Flugblättern z. wurde dieser Streich gebührend kritisiert. Am 17. Januar, als in der Bürgerkammer die Entscheidung fallen sollte, hatten unsere Genossen zu nachmittags 4 Uhr eine Reihe von Protestversammlungen einberufen. Bald nach Mittag füllten sich die Versammlungslokale. Die Beteiligung war so stark, daß fast sämtliche Fabriken zum Stillstand kamen; selbst die Mästerdampfer, die den Verkehr zwischen Hamburg und den an der Elbe gelegenen Orten vermitteln, wurden gleich nach Mittag angehalten und ihre Beladung eilte in die Versammlungen. Auf

in der Form, aber entschieden in der Sache protestierte Hamburgs Bevölkerung gegen den Gewaltstreich. Der Versuch der Scharfmacherpresse, einen Protokoll, der am selben Abend ausbrach, als Folge des Protestes der Hamburger Arbeiter zu denunzieren, scheiterte kläglich. In der Erkenntnis, daß dieses Treiben der Herrschenden Hamburgs keine Kritik betragen könne, konfiszierte die Polizei das ganze Versammlungsrecht. Am 31. Januar wurde dann der Wahlrechtsraub in der Form durchgeführt, wie die Kommission in der Bürgerkammer vorgeschlagen hatte.

In Sachsen kam fast gleichzeitig der lang zurückgehaltene Groll der Arbeiter über den Wahlrechtsraub vom März 1896 mit elementarem Gewalt zum Ausbruch. Schon im Februar 1904 hatte die Regierung anerkannt, daß das jetzige Wahlrecht unhaltbar sei. Im September 1905 war die Wahlbewegung für die Landtagswahlen ein Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht geworden. Mit der Vermeidung der Wahl war in die Bewegung gegen das Wahlrecht kein Stillstand gekommen. Eine Verschärfung der Bewegung trat ein, als der Landtag Ende Oktober zusammentrat. Am 8. November erließ das Zentralisationskomitee einen Aufruf, in welchem die Genossen aufgefordert wurden, im ganzen Lande durch einheitliche Massenemonstration am Sonntag den 18. und Sonntag den 19. November die Forderung der Arbeiter bezüglich des Wahlrechts zu erheben. An diesen Tagen zeigte sich, wie das sächsische Proletariat den Wahlrechtsraub empfindet. Im ganzen Lande waren die Versammlungen überfüllt. In Leipzig und anderen Orten kam es zu gewaltigen Massenemonstrationen. In der Debatte über die von den Freikämmlern und Nationalliberalen eingebrachten Wahlrechtsinterpellationen erklärte der Staatsminister v. Meißig am 27. November, daß es im wesentlichen beim alten bleiben solle. Die Regierung werde weiter prüfen, aber seinen Entwurf einbringen, vor dem sie annehme, daß er in der auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Kammer abgelehnt würde. In derselben Sitzung kündigte Genosse Goldstein an, daß die Demonstrationen fortgesetzt werden, bis man dem Volke gebe, worauf es Anspruch habe. Am 3. Dezember fanden wieder große Massenemonstrationen statt. In Dresden, Chemnitz, Wurzen, Plauen, Zwickau und anderen Orten zu großen Streikemonstrationen führten. In Dresden kam es zu Konflikten mit der Polizei, als die Massen in die Stadt einzogen.

Am 12. Dezember erklärte v. Meißig in der zweiten Kammer: „Die Regierung ist bereit, die Wahlrechtsfrage in eingehende Erwägung zu ziehen; sie wird auch nicht ermangeln, sobald sie den Weg gefunden hat, die Initiative zu ergreifen. Sie würde aber dankbar sein, wenn sie bei diesen Bestrebungen von der Kammer unterstützt würde.“

Bisher hat die Regierung noch nicht den Weg gefunden. v. Meißig hat seinen Posten verlassen und an seine Stelle ist Graf Hofenkamp getreten. Mögen die Personen im sächsischen Ministerium wechseln, so oft sie wollen, das Proletariat wird auf seinen Forderungen bestehen, bis es das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht errungen hat. Die Wahlrechtsbewegung wurde sozulange international. Nicht allein in Deutschland, sondern auch in Oesterreich-Ungarn und Rußland garte es. In Oesterreich kam die Wahlrechtsbewegung in gewaltigen Streikemonstrationen zum Ausdruck. Am 29. Oktober ernannte Graf Fejerbarby eine Deputation der verschiedensten Parteien und trug dieser

sein Programm vor. Er erblickte in der Herrschaft der Besitzenden und dem Ausschluß der Arbeiter aus der Gesetzgebung die Ursachen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit Ungarns. Sollte Ungarn in die Reihe der Kulturstaaten einrücken, dann könne es nur geschehen, wenn man den Arbeitern das Wahlrecht einräume.

Diese Rede wirkte weit über die Grenzen Ungarns hinaus. Formlich elektrisierend wirkte die Rede auf die österreichische Reichshälfte. Der bisherige Sturm gegen das bestehende Wahlrecht wurde zum Orkan. Auch in Rußland hatte die Revolution inzwischen den Jaren zu dem bekannten Oktobermanöver gewonnen. Es war selbstverständlich, daß das russische Proletariat mit seinen Forderungen auftrat. War schon im Wahlkampf 1903 und auf dem preussischen Parteitag im Dezember 1904 der Beschluß gefaßt, eine energische Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht zu entfalten, so brach jetzt mit elementarem Gewalt eine Bewegung in diesem Sinne durch. Am 6. November wurde in Breslau beschlossen: „An den Parteivorstand das Ersuchen zu richten, in Betracht der Vorgänge in Rußland und Oesterreich in Gemeinschaft mit den Berliner Vertrauensleuten zu erwägen, ob nicht beim Zusammentritt des preussischen Landtags auch bei uns die Wahlrechtsfrage aufzurollen sei. Im bejahendenfall sollen die Parteigenossen im ganzen Staate am Ruhstage für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zum Landtag demonstrieren.“

Soweit bei diesen Demonstrationen an Straßenemonstrationen gedacht war, stand dieser Beschluß im Widerspruch mit den Beschlüssen des preussischen Parteitags. Dort war beantragt, der Wahlrechtsresolution folgenden Zusatz zu geben: „Desgleichen fordert der Parteitag die Genossen auf, bei solchen Anlässen in allen Großstädten und Industriezentren Massenemonstrationen größten Stils gegen die Wahlrechtsfrage zu veranstalten.“

Dieser Antrag war aber von der übergroßen Mehrheit des Parteitags abgelehnt worden. Der Parteivorstand wies in einer am 10. November veröffentlichten Erklärung auf diesen Umstand hin, er beschloß aber, nun eine Agitation im Sinne der auf dem preussischen Parteitag beschlossenen Resolution einzuleiten. In Verbindung mit den Berliner Vertrauensleuten wurde beschlossen, ein Flugblatt in ganz Preußen zu verbreiten und gleichzeitig überall Versammlungen einzuberufen, in welchen gegen das bestehende Unrecht protestiert werden sollte. Dieser Plan fand auch im ganzen Lande begeisterte Zustimmung.

Am 14. Januar wurde das Flugblatt in zirka sechs Millionen Exemplaren verbreitet. Der nächste Sonntag wurde als Tag für die Versammlungen bestimmt. Der Umstand, daß dieser Tag in der Geschichte der Revolutionen von besonderer Bedeutung ist, da am 21. Januar 1793 Ludwig XVI. in Paris hingerichtet wurde, wie es auch der Jahrestag der Revolution in Petersburg war, mochte dazu beitragen, die Herrschenden besonders nervös zu machen. Der 21. Januar wurde ein Triumphtag für die Sozialdemokratie. In Tausenden Versammlungen war das Volk zum Aufbruch gekommen, um seinen Forderungen Geltung zu verschaffen. Zwar hatten die Scharfmacher gehofft, daß nun ein Tag gekommen sei, an welchem ein Aderlaß am Volke vollzogen werden könne. Die Vorbereitungen dazu waren durch die Haltung der Massen durchkreuzt. Die Arbeiter zeigten dieselbe Ruhe und Entschiedenheit, mit denen sie auch das Sozialistengesetz zu Falle ge-

bracht haben. Einmütig waren die Parteigenossen der Ansicht, daß die Bewegung fortgesetzt werden müsse. So wurden der 18. März und der 1. Mai Demonstrationstage für das allgemeine Wahlrecht.

Das preussische Ministerium glaubte jedoch, das Volk noch beruhigen zu müssen, denn nur als einen Lohn kann man die beiden Vorlagen, durch welche das Dreiklassenwahlrecht, welches noch keinen Tag zu Recht bestanden hat, abgeändert wird, und die das Dreiklassenparlament, getreu seinem Charakter, annahm. Aber die Bewegung ist in Fluß. Die Arbeiterklasse Preußens wird nicht ruhen und rasten, bis sie ihr Staatsbürgerrecht erobert hat. Der Landtag beschließt über Fragen, welche das Interesse der Arbeiter betreffen, und er entscheidet immer so, wie in jedem Scharfmacherklub auch entschieden werden würde. Das hatte er bei seiner Stellungnahme zum Vergeß, zum Knappschaffengesetz, zum Gesetz über die Unterhaltung der Volksschule usw. bewiesen.

Die in den Versammlungen vom 21. Januar angenommene Resolution wurde von dem preussischen Mitgliedern des Parteivorstandes dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus in Form einer Petition überreicht. Diese wurde durch Annahme der Gesetzesvorlagen betreffend die Änderungen des Wahlgesetzes für erledigt erklärt.

Im Januar setzte auch in Elsaß-Lothringen eine Bewegung zur Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landesauschluß ein. Am 28. Januar fanden in allen größeren Orten des Landes Versammlungen statt, in denen das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert wurde. Die Beschlüsse der Versammlungen wurden dem Landesauschluß mitgeteilt. Im Mai wurde unsern Genossen der Bericht der Petitionskommission aufgestellt, aus dem hervorgeht, daß die Petitionskommission die Forderungen der Arbeiter abgelehnt hat.

Im Großherzogtum Sachsen-Weimar forderten unsere Genossen das allgemeine Wahlrecht für die Landtagswahlen. Eine Anzahl Versammlungen, in denen die Frage erörtert werden sollte, wurde nach hergebrachter Sitte des Landes verboten. Aber die Regierung brachte eine Vorlage zum Ausschluß des Wahlrechts vor, welche nicht verbessert, sondern den Besizenden das Wählen erleichtert werden und einige Änderungen der Wahlbezirke vorgenommen werden sollten.

In Braunschweig hatten ebenfalls die Arbeiter in Versammlungen, welche am 21. Januar stattfanden, das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert. Am 23. Februar hatte der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei in einer Eingabe an den Landtag diesem drei Forderungen der Arbeiter unterbreitet. Am 31. März wurde über diese Eingabe im Landtag verhandelt, der entsprechend dem Vorschlage der Petitionskommission über die Forderungen der Arbeiter zur Tagesordnung überging.

In Anhalt hatten sich unsere Genossen mit einer Petition an den Landtag gewandt, in der sie, entsprechend unserem Programm, das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen forderten. Diese Petition führte am 28. März zu einer großen Debatte im Landtag. Schließlich nahm der Landtag den Antrag seiner Petitionskommission an, die den Übergang zur Tagesordnung empfohlen hatte.

In Neuhäuser Linie wurde der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten

Die Mutter seines Kindes.

Von Friedrich Thieme.

19) (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Da — war es eine durch das herrschende Zwielicht verurteilte Täuschung — Marien schien es, als sie jetzt wieder den forschenden Blick auf den Kranken richtete, als führe die Farbe seiner Wangen zurück. Zwischen Furcht und Hoffnung schwankend, näherte sich ihr Antlitz dem seinen — nein, sie irrte sich nicht, die erdrückende Blässe seines Gesichtes war verschwunden oder doch im Verschwinden begriffen, sie unterließ sogar deutlich die volleren Gesichtszüge, die kräftigeren Züge — frohlockend richtete sie sich empor, den strahlenden Blick zum Himmel erhebend.

„Gott sei Dank — er ist gerettet!“

Eben rege er seine den Arm — sein Bewußtsein kehrt allmählich zurück.

Nun erst dachte Marie wieder an sich selbst, an ihre Stellung im Hause, an ihre Achtung.

Wie sollte sie den Wiedergenesenden begrüßen? Dürfte sie ihren Jubel bekunden, ihre Liebe veratmen? Wie ließ er sich trotz ihrer Angst, trotz ihres Schmerzes, das Recht, ihn zu fragen, für ihn sorgen zu dürfen, so allein mit ihm zu sein als jene Beschützerin und Wärterin — aber wenn er erwachte und sein erster Blick auf sie fiel, würde ihre Anblick nicht bittere Gefühle in ihm hervorrufen?

Beschämt trat sie ein wenig vom Lager zurück — noch durfte sie ihn ja nicht verlassen, noch fehlte sie ihre Wachen- und Gattenpflicht an ihren Platz. Auch der Geneigte bedurfte der Sänftigung und Abwartung, und von wem außer ihr durfte er solche erhoffen?

Neht richtete er langsam den Kopf empor. Mit einem fragenden, träumerischen Ausdruck rühten seine Augen auf ihr. Er schien sich zu besinnen, wo er war und wie er hierherkam?

„Was ist mit mir geschehen?“ fragte er endlich mit kaum vernehmbarer, störender Stimme.

Marie erzählte ihm mit wenigen Worten das Vorgeschichte, ohne dabei ihrer eigenen Tätigkeit zu gedenken. „Lege dich zurück und bewahre die größte Ruhe“, fügte sie samt hinzu. Jede Aufregung oder Anstrengung ist Gift für dich.“

Der Doktor verhartete längere Zeit in wortlosem Nachdenken.

„Ich weiß von nichts“, berichtete er mühsam. „Ich kann mich an nichts erinnern. Du mußt wohl Recht haben. Noch vermag ich nur mit Anstrengung zu sprechen und in meinen Ohren höre ich es, als wenn sich der Sturmwind hinein verirrt hätte.“

Er sank betäubt zurück und schloß die Augen.

Marie wagte jetzt ihn auf wenige Minuten zu verlassen, um sich anzufleiden und nach der kleinen Elly zu sehen, die sie noch in süßem Schlummer fand. Befragt ging sie der um diese Zeit eintreffenden Krankenwärterin entgegen, diese zur Vorsicht und Ruhe zu ermahnen, darauf begab sie sich von neuem an das Krankenbett ihres Gatten und nahm in einem Begehrtuß dicht daran Platz.

Gegen 7 Uhr erschien der Arzt, um nach seinem Patienten zu sehen. Er winkte dem Doktor, sich ruhig zu verhalten, unterfuhrte ihn nochmals sorgfältig und wandte sich dann mit zufriedenerm Lächeln zu der jungen Frau:

„Es geht alles gut, gnädige Frau, der Verlauf ist ganz so, wie ich es vorausagte. Der Herr Kollege muß sich aber noch einige Tage schonen, am besten bleibt er zunächst noch liegen. Halten Sie jedes Geräusch, jede Aufregung fern, sorgen Sie für ein kühles, luftiges Zimmer. Der Herr Kollege weiß ja selbst, was in seinem Falle zu tun ist: Vermeidung jeder Arbeit und strenge Diät sind Hauptbedingungen der vollständigen Genesung. Ich werde mir erlauben, mich morgen nach seinem Befinden zu erkundigen.“

Der Refonvalsarzt gab in diesem Augenblicke durch eine leichte Handbewegung zu erkennen, daß er mit seinem Verfassgenossen zu sprechen wünsche.

„Was belieben Sie, Herr Kollege.“ — Sprechen Sie so wenig als möglich.“

„Ich muß einen Vertreter haben“, kispelte der Patient. „Wollen Sie?“

Der alte Herr nickte lebhaft.

„Berstcht sich, lieber Kollege. Doch regen Sie sich nicht auf, ich ordne alles weitere mit Ihrer Frau Gemahlin. Auch Sie“, fuhr er, sich zu dieser wendend, fort, „bedürfen der Ruhe, gnädige Frau. Sie haben die ganze Nacht gewacht, ich sehe es Ihnen an. Ziehen Sie sich zurück und suchen Sie ein paar Stunden zu schlafen. — Ihren Herrn Gemahl mögen Sie jetzt unbeforgt kurze Zeit sich selbst überlassen.“

Kurt verfuhrte sich zu erheben, in der Absicht, seine Frau zu betreten. Allein seine Schwäche verhinderte ihn daran. War er auch aus seiner Betäubung erwacht, so befand er sich noch keineswegs wieder im Besitz seiner Kräfte; jede Bewegung verursachte ihm Schwindel und Ohrensausen, er vermochte kaum zu denken und noch viel weniger zu sprechen.

Dieser Zustand hielt während des ganzen Tages an und auch am nächsten Tage verspürte der Kranke nur wenig Besserung. In dumpfer Apathie lag er im Bett, weder instande sich zu erheben, noch zu essen. Nur etwas Kaffee und kaltes Wasser nahm er zu sich. Marie widmete ihm unausgesetzt die treueste Pflege, sie hielt alles Geräusch von ihm fern, selbst die Kleine durfte nicht einmal das anstößende Sprechzimmer betreten. Dabei erblickte man sie bekümmert bemüht, dem Liegenden seine peinvolle Situation zu erleichtern, sie rückte ihm täglich mehrmals die Kissen zurecht, schloß ihm Kaffee oder Wasser ein und fragte lieber ein paar Mal umsonst, als daß sie ihn in die unangenehme Lage brachte, eine Bitte an sie richten zu müssen.

Am dritten Morgen endlich fühlte der Patient sich leichter. Das peinliche Schwindelgefühl sowie das störende Säusen waren verschwunden, er konnte sich ohne Beschwerde emporrichten und sprechen und das Denken verursachte ihm keinerlei Kopfdruck mehr. Und wieder vierundzwanzig Stunden später stand er auf, noch etwas erschöpft zwar, aber im ganzen wieder wohl und gesund.

Marie staunte nicht wenig, als sie ihn beim Eintritt in die Schlafstube bereits angezogen am Fenster stehen sah, mit wenigem Behagen die frische Morgenluft einjanzend.

„Du bist aufgestanden?“ rief sie besorgt.

„Ja, Marie“, antwortete er herzlich, „ich melde mich als genesen. Noch zwei drei Tage Ruhe, und ich bin wieder ganz der Alte. Das danke ich außer meiner fröhlichen Natur in erster Linie deiner liebevollen Sorgfalt. Ich danke dir, Marie.“

Er trat auf sie zu und reichte ihr die Hand, etwas verlegen zwar, jedoch mit freundlichem Lächeln.

Die junge Frau erglühete über das ganze Gesicht, als sie nach so langer Zeit zum erstenmal wieder den warmen Druck seiner warmen Hand fühlte.

„Und nun“, sagte er leise, „bringe mir das Kind.“

„Bringe mir das Kind“, wie süß das klang.

„Hat es nicht nach mir gefragt in all den Tagen?“

setzte er zögernd hinzu.

„O wie oft“, verlegte die junge Frau. „Ich vermochte es kaum zurückzuhalten. Und gewandt hat es bitterlich, als es hörte, Papa sei krank. Wie ein Mäuschen so still verhielt es sich, weil ich ihm sagte, der Karm mache dir viel Schmerzen.“

Damit ging sie, Elly herbeizurufen, die freudejauchend in Papas Zimmer hürrte, von ihm selig emporgehoben und geküßt.

Sie spielte noch auf seinem Schoße, als Dr. Händel — so der Name des ärztlichen Freundes Nerts — den ehrwürdigen Kopf zur Tür hereinsetzte.

„Ah — das lasse ich mir gefallen“, meinte er aufgeräumt, indem er lebhaft näher kam und dem Doktor die Hand schüttelte. „Das ist ein Anblick, der einen Jüngling Westfalens erfreuen muß. Sollen bleiben — sitzen bleiben“, meinte er ab, da Kurt Miene machte, sich zu erheben. „Sie brauchen immer noch Schonung, lieber Freund. Was soll denn aus den armen Leidenden werden, wenn die Kräfte selber das Bett hüten müssen?“

(Fortsetzung folgt.)

Wahlrechts für den Landtag am 14. März und in Kltenburg Mitte Mai eingeleitet.

Wo immer die Bewegung einsetzte, rief sie bei den Herrschenden Angst hervor. Eingeleitet wurde diese Angst in dem Staat, dessen Regierungssystem nur für den Geschäftsforscher interessant ist, indem er dort am praktischen Beispiel studieren kann, unter welcher traurigen Verhältnissen die Völker eintrüben haben. Aus Mecklenburg war die Nachricht in die Presse gekommen, daß das Volk am 16. Dezember den Kampf zur Erringung des Wahlrechts begonnen hatte. Da die Rechtlosigkeit des Volkes dort ebenso groß ist wie in Rußland, so fürchteten schon die Herrschenden, daß nun Mecklenburg neben Rußland seine Revolution haben werde. Obwohl unsere Genossen keinerlei Vorbereitungen für Versammlungen oder ähnliche Maßnahmen getroffen hatten, so wurde doch das Militär für die Revolution vorbereitet. Kein Soldat durfte die Kasernen verlassen. Auch in der Nacht wurde das Militär bereit gehalten.

Die bayerischen Landtagswahlen waren unter der Parole „Reform des Landtagswahlrechts“ vollzogen. Nunmehr wurde durch das Gesetz das ungedehte indirekte Wahlrecht beseitigt und jedem, der seit einem Jahre die bayerische Staatsangehörigkeit besitzt, 25 Jahre alt ist und seit mindestens einem Jahre direkte Staatssteuern entrichtet, das Wahlrecht für den Landtag gegeben. Es ist also keineswegs ein ideales Wahlrecht, aber es reicht aus, die preußischen Junker in förmliche Mut über diese „revolutionäre“ Tat zu versetzen. Die Wut der Junker wurde noch dadurch gesteigert, daß bei Beratung des Gesetzes in der ersten bayerischen Kammer am 17. Januar, also zu einer Zeit, als in Sachsen, Preußen und Hamburg sich Krautjunker und Schorfürken in dem Gedanken an Massenmorden herausputzten. Prinz Ludwig, der jetzige Kronprinz, sehr zutreffende Ausführungen zur Rechtfertigung des geheimen Wahlrechts machte.

Nachdem im Juli d. J. endlich nach neun vorausgegangenen vergeblichen Versuchen die Verfassungsreform in Württemberg unter der tätigen Mitwirkung unserer Genossen zum Abschluß gebracht worden ist, besitzt Württemberg unter den deutschen Staaten das beste Wahlverfahren für die zweite Kammer.

Die Wahlen zu der aus 92 Abgeordneten bestehenden zweiten Kammer sind allgemein, direkt und geheim. Das aktive und passive Wahlrecht ist an das vollendete 25. Lebensjahr gebunden. Im ersten Wahlgang ist die absolute, bei dem zweiten Wahlgang die einfache Mehrheit entscheidend. Die auf Stuttgart jetzt einfallenden 6 Abgeordneten werden mittels des Proportionsgesetzes. Das gleiche ist für 17 Abgeordnete der Fall, für deren Wahl das gesamte Land in 2 Wahlbezirke eingeteilt wird, von denen der eine 9, der andere 8 Abgeordnete zu wählen hat.

Die hochtönende Phrase von dem „Preußen in Deutschland voran“ ist durch die vollzogenen Tatsachen ad absurdum geführt. Die Mainlinie hat in Deutschland wieder politische Bedeutung gewonnen. Nördlich der Mainlinie Ausbau des Wahlrechts unter Anerkennung der politischen Gleichberechtigung aller Gesellschaftsklassen. Diesem Mainstammes Festhalten der deutschen „Vormacht“ dem Dreiklassenwahlrecht, wodurch die überwiegende Mehrheit des Volkes, die Arbeiterklasse, zur politischen Bedeutungslosigkeit degradiert wird. „Preußen in Deutschland voran“ wird von jedem die politische Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen Forderungen dahin umgewandelt, daß es heißen muß: „Ablösung vor“, nachdem Rußland als der Hort der Reaktion einstweilen aus dem europäischen Staatenkonzert ausgemerzt worden ist.

Badische Politik.

Ein großer Ordensregen
Wird auf den 9. September angekündigt. Die die Badische Presse zu berichten weiß, sollen nicht weniger als 2000 Orden und Medaillen zur Verteilung kommen. Ob damit die Knopflochschmerzen aller derjenigen, die sich auf solche Dinge etwas einbilden, gestillt werden können, ist einigermaßen fraglich. Obwohl Beamte der Verleihung gewisser Orden bezuglos nur durch Tod oder Selbstmord entgehen, ist das Bedürfnis, einen solchen Orden zu haben, ein sehr weit verbreitetes. Viele gibt es, die sich schon durch das Tragen einer Medaille hoch beglückt fühlen. Wir kennen Leute, die jahrelang in geradezu aufdringlicher Weise sich bemerkbar machen und die Gelegenheit veräumen, ihren Namen in die Feuilletonliste zu bringen, lediglich zu dem Zwecke, einen Orden zu bekommen, den ein Beamter in mittlerer Stellung sich in aller Gemütsruhe abgeben kann.

Kleines feuilleton.

Wertwörterbelegte Merkwürdigkeiten, über deren Natur und Zweck man sich vorerst noch im Unklaren ist, sind kürzlich im Metzener Stadtpark gemacht worden. Man fand dort eine Menge kreisförmiger Erdbügel, die mit schweren Steinblöcken eingefügt und im Innern durch Steinwände in mehrere Abteilungen getrennt waren. Die Annahme, daß es Hümngräber oder sonstige Grabstätten seien, mußte man fallen lassen, da sich weder Tierknochen noch Scherenspitzen nachweisen ließen. Für menschliche Wohnungen waren die Räume zu klein und zudem ohne jede Spur von Verbindung. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, daß diese Hügel eine Art Schutzwehr gegen feindliche Angriffe gebildet haben. Zu begreifen ist, daß die Freilegung dieser Hügel von sachverständiger Hand, dem hannoverschen Provinzialmuseum, vorgenommen wird. Bisher sind in ihnen einige Bronzegegenstände, eine Kugel, ein gut gearbeitetes Messer, ein Messer und zwei Leberteile von Messern und einige Tonzerbeben gefunden worden. Der Ton ist von sehr großer Mächtigkeit und mit Granitstückchen durchsetzt; alle Scherben sind ungebrannt, nur roh geformt und an der Sonne getrocknet.

Schuldigkeiten in Paris
Aus Paris wird der Wiener Arbeiterzeitung geschrieben: Zu den Einrichtungen, um die es unter der miserablen französischen Verwaltung am schlechtesten bestellt ist, gehören die Krankenhäuser. Von Zeit zu Zeit läßt irgend eine Zeitung einen Marasch erzählen, aber alles bleibt beim Alten. So ist man noch immer nicht so weit gekommen, der Krankenpflege in den alten Krankenhäusern ein Ende zu machen. Die Bevölkerung hat sich sozusagen daran gewöhnt und es muß schon ein besonderes großes Verbrechen sein, das überhaupt in der Offentlichkeit Aufmerksamkeit findet. So wird das schreckliche Verbrechen, das der russische Revolutionär Alexander Solowow im Spital der Wille hatte, in einer unheimlichen Hofnotiz abgelesen. Solowow, der unlängst als Minister der russischen Regierung in der Bombenaffäre des Kaiserpalastes von Wladimir verurteilt worden ist, liegt noch immer in dem genannten Spital an seinen Wunden darnieder. Ein Polizeispäher hielt Tag und Nacht an seinem Lager Wache — vermutlich, daß der Krüppel nicht

Die Milch der „frommen“ Denkschrift
verzapft wieder einmal der Badische Beobachter. Wir zitieren nur folgende Stellen:

Der gute „Freund“ ärgert sich nicht wenig darüber, daß die Leute noch in die Straße gehen und beten. Er würde es jedenfalls lieber sehen, wenn sie ins Wirtshaus sitzen, auf Obrißigkeit und „Pfaffen“ schimpfen, ihr Geld vertrinken und daheim ihre Familien im Elend sitzen lassen würden — kurz, wenn sie sich als wasch echte Sozialdemokraten benehmen würden.

Nur den Mund nicht so voll nehmen, ihr roten Volksbeglücker! Wo ihr die „Aufklärung“ besorgt, da kommt zu der Dummheit und Verblöschung noch eine abgrundtiefe Schleichheit hinzu, gegen welche das Elchschneier Bombardement nur ein Kinderspiel ist.

Wir begnügen uns damit, diesen Ausfluß echt christlich-ultramontaner Gesinnung niedriger zu hängen. Dagegen zu polemisieren, erübrigt sich. Wer in einen solchen Ton verfallt, befindet sich nicht, als daß er sachlich nichts zu erwidern weiß.

Deutsche Politik.

Gebaut wird sie doch.

Eine ganz ungläubliche Verlegung des parlamentarischen Budgetrechts soll sich Oberst v. Deimling erlauben haben, kaum daß er als Nachfolger des Generals v. Trotha das Oberkommando in Deutsch-Südwestafrika übernommen hat. Wie der Freie Zeitung von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat er auf eigene Faust den Weiterbau der Eisenbahn Lüderichsbudt-Krubus bis Keetmanshoop angeordnet, obwohl der Reichstag in seiner Sitzung am 26. Mai d. J. die zweite Reihe für den Eisenbahnbau von Lüderichsbudt nach Krubus und Fortführung der Bahn nach Keetmanshoop (5 Mill. Mark) mit 182 gegen 95 Stimmen abgelehnt hat. Oberst v. Deimling ist darüber genau orientiert, denn wie noch in aller Erinnerung, hielt er zur Begründung des Baues der Eisenbahn Krubus-Keetmanshoop jene berühmte Rede, in der er den Reichstag aus bestialischer Brüste, worauf bekanntlich Dr. Müller-Gagau dem schneidigen Kropf unter fütterlicher Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des Reichstages die wohlverdiente Abfertigung zuteil werden ließ. Oberst v. Deimling hatte damals seine Rede mit den Worten geschlossen:

„Nun, meine Herren, was soll ich den Truppen sagen (Rebafte Rufes links), wenn ich hinauskomme? Soll ich ihnen sagen: die Eisenbahn, die auch der Reichstag an Weihnachten zum Geschenk gemacht hat, die läßt er jetzt im wahren Sinne des Wortes bei Krubus im Dreck stecken? (Rachen links.) Soll ich den Reuten sagen, daß sie im Stiche gelassen werden? Nein, meine Herren, geben Sie mir die Gewißheit mit, daß die Bahn gebaut wird!“ (Rebafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Unruhe links.)

Der Reichstag aber lehnte trotz oder vielmehr wegen dieser unangemessenen Rede den Weiterbau ab. Jetzt hat der Oberkommandierende in Südwest über den Kopf der Volksvertretung hinweg und im Gegensatz zu ihrem fest ausgesprochenen Willen den Weiterbau eingeleitet. Was denkt der Leiter der Kolonialabteilung hierbei zu tun? Ein bloßes Verbot des Weiterbaues kann unmöglich genügen. Wird er den Obersten v. Deimling vor ein Disziplinargericht stellen?

In Deutschland ist's schon möglich.
Wenn die Berliner Neuesten Nachrichten nicht angezogen wurden, bleibt Bobbielski im Amt. Das genannte Blatt berichtet am Samstag:

Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, sind die Differenzen zwischen dem Reichskanzler Fürst Bülow und dem Reichswirtschaftsminister v. Bobbielski ausgeglichen. Der Minister hat in die direkten Beziehungen zur Firma Kipfelschick jetzt gelöst und verbleibt im Amt.

Da in Deutschland vieles möglich ist, was in anderen Ländern unmöglich wäre, klingt die Nachricht nicht ohne weiteres ungläublich. Sollte die Kritik tatsächlich eine solche Lösung gefunden haben, so kann uns auch recht sein.

Die Toleranz der „Ultras“.

Wie die Toleranz des Zentrums in der Praxis aussieht, zeigt folgendes, in einer der letzten Nummern der Täglichen Rundschau veröffentlichte Verzeichnis: In J. Jussy bei Metz wurden am 30. Juni d. J. die Gebeine von einem deutschen und einem französischen Krieger aus dem Jahre 1870 aufgefunden. Dieselben konnten aber erst am 27. Juli beigelegt werden, weil der katholische

entlaufe. Freitag nachts wurde der eingeschummerte Wähler durch einen heftigen Schmerz am rechten Beine geweckt. Mit Entsetzen sah er eine riesige Ratte, die sich dort festgeklammert hatte. In demselben Augenblick erblickte er ein furchtbares Gespinnst aus. Der Weant mit schleimig die Fäden von seinem Beine und gewahrte etwa zehn Ratten, die über den Körper des Patienten liefen, während drei ihre Fäden in sein Fleisch schlugen. Von einem Krankenwärter unterstützt, löbete der Polizist einige von den Tieren und jagte die anderen in die Flucht. Der Verwundete wurde dann in ein anderes Bett gelegt. Rattischwid er dort nicht besser gefühlt sein. Und in sein Bett wieder verumflucht ein anderer Patient gelegt werden, der, weil er sehr interessanter Attentäter ist, nicht einmal einer kleinen Rettungsnotiz wert erschienen wird, wenn ihm gleiches widerfährt.

Das Hindernis. Ori der Handlung: die Eisenbahnstrecke zwischen Ventingita und Genoa. Der Zug liegt sich in Bewegung. Zur Linken majestätische Berge, zur Rechten das blaue Meer. Nach wenigen Minuten bleibt der Zug plötzlich stehen. Ein Reisender stellt den Kopf zum Fenster hinaus. „Ist das schon Vorbühnen?“ fragte er den Zugführer. — „Nein, es ist eine Ruhe.“ Es steht tatsächlich eine Ruhe auf den Schienen. Durch gültiges Jureben gelingt es, sie zum Verlassen des Gleises zu bewegen, und der Zug fährt weiter nach etwa 20 Metern neuer Aulenzhalt. Wahrheitslich eine andere Ruhe? fragt tröstlich der ungeduldige Reisende zum Fenster hinaus. — „Nein, mein Herr,“ erwidert tröstlich der Zugführer, „es ist noch dieselbe.“ Also erzählt der Corriere della Sera.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Großherzogliches Hoftheater. Das Schauspiel wird als erste Reueinstudierung Die Hermannschlacht von Heinrich Kleist bringen. Hieran schließen sich nach dem folgenden Klassische Werke: Von Jessing „Mona von Varnhelm“, von Goethe fünf Reueinstudierungen von „Gnomon“ und „Ella“ geplant. Schillers „Mauder“, „Draut von Messina“ und „Wallenstein“ erfordern Reueinstudierungen ins Repertoire. Von Shakespeares soll „Romeo und Julia“ nach langer Pause wieder aufgeführt werden. Reueinstudierung von „Richard II.“, „Heinrich IV.“ (beide

Parter von Jussy in seinen religiösen Fanatismus befürchtete, der Friedhof von Jussy könnte durch die Gebeine eines vor 36 Jahren gestorbenen protestantischen Soldaten noch befeuchtet oder entweiht werden. Angesichts dieses und vieler anderer Fälle befürchtete die „Alleinlebigen“ auf den Katholikentagen noch die Dreistigkeit, wie in den letzten Tagen wieder in Essen, von Toleranz gegen Andersgläubige tiefende Reden zu halten.

Zum Schluß des „lieben Gottes“

Sind nach einer statistischen Aufstellung des Professors Kahl in den Jahren 1881 bis 1903 im Deutschen Reich 6921 Verurteilungen wegen Religionsvergehen (§ 166 des St.G.B.) erfolgt, und in diesen 6921 Fällen wurde 22mal das Strafmaß von zwei Jahren erreicht oder überschritten. 158mal blieb es im Rahmen zwischen ein und zwei Jahren, 1551mal zwischen drei Monaten und einem Jahre. In 5190 Fällen wurde auf Gefängnis bis zu drei Monaten oder nach bloßen Tagen erkannt, darunter seit 1890 in 589 Fällen auf Gefängnis von weniger als vier Tagen.

Welche Unsumme von Leib- und Seelenqualen spricht aus diesen Zahlen! Meinen die Vertreter der beiden staatlich konfessionierten und geschlechtlich geschützten Konfessionen, daß durch diese Strafen dem „lieben Gott“, der nach ihrer Auffassung ja allgütig sein soll, und ihrem Seelende, der bekanntlich zur Vergebung der Sünden“ den Kreuzestod erlitten hat, einen Gefallen zu tun?

Charakteristisch ist übrigens, daß der Herr Justizprofessor Kahl, der die obenstehende Statistik als Beitrag zur Vorarbeit für die deutsche Strafrechtsreform zusammengestellt hat, trotz der geradezu entsetzlichen hohen Zahl von Verurteilungen wegen Religionsvergehen, die Verbeibaltung des § 166 mit einigen unwesentlichen Änderungen fordert. In den Händen solcher Herren liegt die Aufgabe, das deutsche Strafrecht zu „reformieren“!

g. Von dem Nürnberger Nordbuben. Der Name des Streifbrehers, der den Streifbühler Fleischmann meuchlings erschossen hat, ist 22 Jahre alt. Nürnschen dieses Alters ist sonst in Bayern das Tragen von Waffen verboten, aber mit Streifbrehern macht man eine Ausnahme, sie dürfen eheliche Arbeiter ohne weiteres hinhorden und werden dafür von der bürgerlichen Presse noch als Helden gefeiert. Das Gericht läßt sie frei übergehen. Wo sich der Gallunke zurzeit aufhält, weiß man nicht; vor einigen Tagen ließ es in einem bürgerlichen Blatte, daß ihn sein Unternehmer, der Fabrikant Maurer im Automobil mit in die Sommerfrische genommen habe. Da der Glende sich um das Unternehmertum so sehr verdient gemacht hat, erscheint dies gar nicht so unglücklich.

Die Unternehmervresse, voran die freisinnige, bleibt hartnäckig auf der bewährten Linie, daß die Polizeifrontalle von den Streifenden der Fabrik Union inszeniert worden seien. Die Polizisten hätten erst dann zu den Waffen gegriffen, als sie von den Streifenden mit Messern, Revolvern etc. am Leben bedroht worden seien, fast also nur ihrer Haut gewehrt. Die „Rechtliche“ jener denkwürdigen Schlächt beweist das Gegenteil. Unter den Verlegten befindet sich, so viel bis jetzt bekannt, keiner von den Streifenden, die doch von der Polizei zuerst aufs Korn genommen worden wären, wenn jene Behauptungen auf Wahrheit beruhten. Beim Arbeitersekretariat Nürnberg haben sich bis jetzt über 20 Verwundete hat geholt. Es sind Arbeitsunfälle, Reisende, Frauen usw., auch ein 13jähriger Knabe ist darunter, aber kein Streifender, keiner ist organisiert. Alle Wunden lassen erkennen, daß sich die Leute auf der Flucht befinden, denn sie befinden sich ausnahmslos in den hinteren Körperteilen, in einem Falle steckt die Kugel in der Seite. Auch ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden, daß sich unter den 48 Verhafteten auch nur ein Streifender oder überhaupt ein organisierter Arbeiter befindet. Viele Leute werden im Gefängnis nur deshalb festgehalten, weil sie verlegt sind, eine aktive Teilnahme am dem Kravall ist ihnen nicht nachgewiesen. Trotz alledem wird lustig weiter gelogen, daß die Streifenden die Polizei zu dem Unfug provoziert hätten. Um die organisierte Arbeiterchaft zu verleumden, ist kein Mittel so schlecht.

Hausland.

Frankreich.

Die Antwort der Regierung auf die Enzyklika.
Der Kultusminister Briand erließ an die Präfecten ein Rundschreiben, welches sich sehr ausführlich mit den Formalitäten beschäftigt, die bei der Aufweisung der Kirchengebäude an die Kultusvereine zu befolgen sind. Seine Bedeutung liegt jedoch vor allem darin, daß es den Versuch, auf Umwegen den Kultusdienst zu organisieren oder in den Besitz der

Zeile) und „Heinrich V.“ wird die Grundlage zu einem später auszubauenden Cyclus der gesamten Königsdramen abgeben. Kleist wird ferner mit dem „Räuber von Heilbrunn“ und dem „Prinzen von Homburg“, Grillparzer mit „Des Meeres und der Liebe Wellen“ und „Der Traum im Leben“ zu Worte kommen. Die drei Werke von Heibel, deren Aufführung in Aussicht genommen ist, sind alle für Carlstraße Robitiden: „Gerodes u. Marianne“, „Maria Magdalena“ und „Michel Angelo“. Auch von Shakespeares ergeht als Robitid „Verlorene Liebesmühle“. Von Ibsen sind die Familientragödie „Gespenster“ und der Kämpe „Wenn wir Toten erwachen“ zu nennen. Maeterlinck ist durch seine „Schweiser Weatze“, Hauptmann mit „Eiga“ und „Hannele“ vertreten. Es folgt hier zum erstenmale mit seinen „Verlorenen Vater“ zu Wort. Es folgen „Die Sonnenprinzessin“ von Johanna Wolff-Preiberg und „Ein idealer Gatte“ von Johanna Wilde. Weitere Verhandlungen über Erwerbung von Erstaufführungen schwoben noch.

Spezialplan des großherzoglichen Hoftheaters.
Dienstag, 4. Septbr. Das Nachtlager in Granabara romantische Oper in 2 Akten, nach Friedrich Kinds gleichnamigem Schauspiel, bearbeitet von Braun, Musik von Konrad Kreutzer. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Die Auslieferung in der Metallindustrie der Kreisheimatamt Dresden ist in Bezug auf Einführung und Verkauf so hochinteressant, daß es zweckmäßig erschien, in einer Broschüre das zum Teil äußerst wertvolle Material weiteren Kreisen der Arbeiterchaft zugänglich zu machen. Diese Broschüre ist nunmehr erschienen; sie trägt den Titel: Einführungsgesetz der Metallindustrie. Sie ist 72 Seiten stark und hat zwei Illustrationen. Der Preis beträgt 50 Pf. pro Stück. Für Mitglieder des Metallarbeiter-Vereins ist ein Ausnahmepreis von 40 Pf. pro Stück festgesetzt.
Neue Zeit (48. Heft): Annette. — Partei und Gewerkschaft. Von R. Kautsky. — Bemerkungen über Klassenkämpfe und Sozialismus. Von Oda Olberg (Rom). — Die Streiksfrage und das Bildungsproblem. Von Otto Weltzien.

Strengkeiten zu gelangen, unmöglich macht. Die Kultusvereine können nämlich nur jene Vereine angehen werden, die ausschließlich den Kultusdienst zum Zweck haben und den Vorschriften des Trennungsgesetzes entsprechen. Alle übrigen Vereinigungen, die nur auf Grund des allgemeinen Rechts bestehen, oder verjüngen wollten, auf offene oder verdeckte Weise den Kultusdienst einzurichten, müssen gerichtlich verfolgt werden. Das ist die direkte Antwort auf die päpstliche Enzyklika, welche empfohlen hatte, mit Hilfe des gemeinen Rechts den katholischen Gottesdienst zu organisieren und das Trennungsgesetz zu ignorieren.

China.

Lokale Selbstverwaltung. Der Frankf. Zeitung wird aus Tientsin telegraphiert: Der erste Schritt zur Einführung einer Verfassung ist durch Vertretung einer Selbstverwaltung für Tientsin am 30. August getan. Durch lokale Selbstverwaltung soll das Volk an politische Mitwirkung und ein späteres Parlament gewöhnt werden.

Aus der Partei.

Durlach, 2. Sept. Die gestrige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins war verhältnismäßig gut besucht. Gemeinverständlich ist, daß das erste und zweite Mitglied in den Verein aufgenommen wurde. Zur Generalversammlung des Wahlkreises am kommenden Sonntag 9. September wurden neben dem Vorstand noch 6 Genossen als Delegierte bestimmt. Durch Abstimmung wird nach kurzer Debatte festgestellt, daß der Verein wünscht, der Wahlkreis möge zum Mannheimer Parteitag sein Delegationsrecht voll ausüben und 3 Delegierte entsenden. Nach einem kleinen Interim des Genossen Floß über die bis jetzt vorliegenden Einträge zum Parteitag folgt eine längere, im allgemeinen sachliche Diskussion ein. Beschlüsse dazu werden jedoch nicht gefaßt.

Die Anträge zum Parteitag sind sehr zahlreich eingegangen. Eine Reihe derselben fordern eine Verberung der Mitglieder des Parteivorstandes. Wodurch und Frankfurt stellen den Antrag, daß der Parteivorstand alljährlich mindestens einmal die Vorsitzenden der Provinzialkomitees und die politischen Redakteure der Parteiblätter zu einer Konferenz zusammenberufen müsse. Die Anträge mehrerer Vereine gehen dahin, daß persönlichen Tätigkeiten in der Parteipresse fernerhin kein Raum mehr gewährt werden soll. Mehrere Vereine, so Hamburg und Berlin, befragen sich darüber, das sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete bei wichtigen Verhandlungen nicht zur Stelle gewesen wären. Zur Frage des Massenstreiks liegen eine große Zahl von Anträgen vor. Die meisten verlangen, daß das Kampfmittel des Massenstreiks aus dem sozialdemokratischen Parteiprogramm nicht verschwinden dürfe. Der Verein in Mühlhausen i. G. möchte den Generalstreik in dem Falle proklamieren, wenn Deutschland der russischen Revolution gegen die Revolution bewußtente Hilfe gewähren würde. Ein Antrag verlangt eine Regelung der Legitimationsfrage bezüglich der künftigen russischen Revolutionäre, um die Parteistärke vor Schädigung durch unwürdige Elemente zu bewahren. Zur Meißner liegen Anträge vor von Völsche, Wiedenbrück und Zeltow-Besow. Ersterer wendet sich gegen planlose Arbeitseinstellung am 1. Mai. Da eine der vorhandenen Maschinisten nicht abwagende Einstellung der Arbeit sehr leicht zur Entwürdigung der oberen Maschinisten des organisierten Proletariats führen könne zum Vorteil der Kapitalistenklasse. Der zweite Antrag hingegen verlangt, daß alle Genossen, die am 1. Mai trotz eines regelrecht gefaßten Generalstreiksbeschlusses arbeiten, aus der Partei auszuschließen seien. Eine große Anzahl Anträge richten sich auf die systematische Gewinnung der Jugend, die durch Jugendvereine, Jugendorganisationen, Bildungsschulen und dergl. erreicht werden soll.

Die Nr. 6 der Jungen Garde ist soeben erschienen. Nach einer Partie aus Freilicht herlicher Ländchen am Wirtshaus folgt eine spannende Landerei unseres Freibürger Parteigenossen Reichsmann A. Grunmach über die Liebesnacht, den „Alten“. — Dr. Frank wiewt darauf an der Hand der Bettin-Schulden Leihage vom Standpunkt der Jungen einen Ausblick auf die Manneheimer Parteitag. Derselbe Feder entkann eine vernünftige Abredung mit dem Professor der christlichen Jugendorganisationen Österreichs, an dessen Inhalt der e h e Ton sich am ähnhchster und al d am seit und Verfolgungsmut, wie er die „christliche“ Polemik der kirchlichen Organe charakteristisch freudig darlegen wird. — Bruno Wagner verbreitet sich über die Tagesordnung der bevorstehenden Generalversammlung u. a. g. des Verbandes junger Arbeiter, einige sozialpolitische Aufsätze über den Schug der jugendlichen Arbeiter, Arbeiterarbeit und Arbeitererfolge; eine persönliche Reminiszenz aus meiner Jugendzeit von H. M. schließt die Nummer. Berichte aus den Kreisvereinen und Bekanntmachungen des Hauptvorstandes bilden den geschäftlichen Teil.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.
Mannheim. Die unabhängigen Arbeiter der Streifenwerke beabsichtigen, im Auslande zu verharren und die Vorarbeit und Meister zur Niederlegung der Arbeit aufzufordern.
Ein erwünschter „christlicher“ Verleumder. Eine flandrische Christliche hat noch noch eine Sonderorganisation durch einen ihrer Gelehrten erhalten, als der „Christliche Verband keramischer Arbeiter“ durch folgende Erklärung:
Chren-Entklärung.
Ich Endeunterzeichneter erkläre hiermit, daß meine Beziehung, der Vertrauensmann des Verbandes der Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ist von den Unternehmern bestochen worden, jeder Art sachliche Unterlage entbehrt. Ich erkläre weiter, daß ich die Beziehung verbreitet habe, um die freien Gewerkschaften zu discredieren und für die christlichen Gewerkschaften Propaganda zu machen.
Ich bitte hiermit Herrn Schneider um Verzeihung und verspreche, in Zukunft derartigen Gerüchten entgegenzutreten zu wollen.
Ernst Richter, Christl. Verband keramischer Arb.

Die Tabakpflanze und Vorsegerinnen bei der Firma Hagenbruch u. Co. in Mühlhausen i. G. sind getreten in den Streik getreten, weil den Vorsegerinnen, die nur 8 W. Wochenlohn erhalten, eine geforderte geringfügige Lohnerhöhung von 97 Pf. pro Woche nicht bewilligt wurde. Die Tabakarbeiter, die ohne gelernter Vorsegerinnen nicht arbeiten können, legten ebenfalls die Arbeit nieder, weil ihnen eine neue Arbeitsordnung diktiert werden sollte, nach welcher die Tabakpflanze, die bei den geringen Löhnen und bei der äußerst gesundheitsgefährlichen Arbeit schwer zu be-

Ein erwünschter „christlicher“ Verleumder. Eine flandrische Christliche hat noch noch eine Sonderorganisation durch einen ihrer Gelehrten erhalten, als der „Christliche Verband keramischer Arbeiter“ durch folgende Erklärung:
Chren-Entklärung.
Ich Endeunterzeichneter erkläre hiermit, daß meine Beziehung, der Vertrauensmann des Verbandes der Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ist von den Unternehmern bestochen worden, jeder Art sachliche Unterlage entbehrt. Ich erkläre weiter, daß ich die Beziehung verbreitet habe, um die freien Gewerkschaften zu discredieren und für die christlichen Gewerkschaften Propaganda zu machen.
Ich bitte hiermit Herrn Schneider um Verzeihung und verspreche, in Zukunft derartigen Gerüchten entgegenzutreten zu wollen.
Ernst Richter, Christl. Verband keramischer Arb.

Die Tabakpflanze und Vorsegerinnen bei der Firma Hagenbruch u. Co. in Mühlhausen i. G. sind getreten in den Streik getreten, weil den Vorsegerinnen, die nur 8 W. Wochenlohn erhalten, eine geforderte geringfügige Lohnerhöhung von 97 Pf. pro Woche nicht bewilligt wurde. Die Tabakarbeiter, die ohne gelernter Vorsegerinnen nicht arbeiten können, legten ebenfalls die Arbeit nieder, weil ihnen eine neue Arbeitsordnung diktiert werden sollte, nach welcher die Tabakpflanze, die bei den geringen Löhnen und bei der äußerst gesundheitsgefährlichen Arbeit schwer zu be-

Ein erwünschter „christlicher“ Verleumder. Eine flandrische Christliche hat noch noch eine Sonderorganisation durch einen ihrer Gelehrten erhalten, als der „Christliche Verband keramischer Arbeiter“ durch folgende Erklärung:
Chren-Entklärung.
Ich Endeunterzeichneter erkläre hiermit, daß meine Beziehung, der Vertrauensmann des Verbandes der Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ist von den Unternehmern bestochen worden, jeder Art sachliche Unterlage entbehrt. Ich erkläre weiter, daß ich die Beziehung verbreitet habe, um die freien Gewerkschaften zu discredieren und für die christlichen Gewerkschaften Propaganda zu machen.
Ich bitte hiermit Herrn Schneider um Verzeihung und verspreche, in Zukunft derartigen Gerüchten entgegenzutreten zu wollen.
Ernst Richter, Christl. Verband keramischer Arb.

Die Tabakpflanze und Vorsegerinnen bei der Firma Hagenbruch u. Co. in Mühlhausen i. G. sind getreten in den Streik getreten, weil den Vorsegerinnen, die nur 8 W. Wochenlohn erhalten, eine geforderte geringfügige Lohnerhöhung von 97 Pf. pro Woche nicht bewilligt wurde. Die Tabakarbeiter, die ohne gelernter Vorsegerinnen nicht arbeiten können, legten ebenfalls die Arbeit nieder, weil ihnen eine neue Arbeitsordnung diktiert werden sollte, nach welcher die Tabakpflanze, die bei den geringen Löhnen und bei der äußerst gesundheitsgefährlichen Arbeit schwer zu be-

...ne Ber...
...den Pul...
...rten des...
...igen Ber...
...gemeinen...
...auf offene...
...zurichten...
...as ist die...
...fa, welche...
...rechts hin...
...und das...

schaffenden weiblichen Kistkräfte selbst zu suchen und ein...
stellen verpflichtet werden sollten. Die Zerkasspinner...
berlangen nunmehr ebenfalls Erhöhung der Alfordlöcher.
Zugung ist strengstens fern zu halten!

Die Gewerkschaften in Japan befinden sich ja...
nach ganz und gar im Anfangsstadium ihrer Entwicklung...
aber sie beginnen schon einige Erfolge zu erzielen. So...
berichtet die letzte Nummer des „Oikari“, das Organ der...
japanischen Sozialisten, über einen Mauerstreik in Notohama...
den durch die Gewerkschaft gut vorbereitet war. Der...
fünftägige Streik endete mit einem Siege der Arbeiter. Ihr...
Brot, der streiker etwa 1.000 Mk. pro Tag betrug bei einer...
Arbeitszeit von 14 Stunden, wurde auf 2 Mk. erhöht und...
die Arbeitszeit auf 12 Stunden herabgesetzt.

Badische Chronik.

Pforzheim.

2. Sept.

Das städtische Krankenhaus hat seinen Jahresbericht für das Jahr 1905 herausgegeben. Die umfangreiche 30 Seiten umfassende Drucksache enthält nichts als Statistisches. Den Wert dieser fleißigen und in einzelnen Teilen auch interessanten Arbeit wollen wir nicht verkenne...
auf den 30 Seiten ist aber auch mancher statistische Spielerei untergebracht, die vollständig sinnlos und zwecklos ist. Diesen Raum hätte man ruhig für Text verwenden können; schon durch die Einstreuung eines minimalen Leses — natürlich nicht minimal der Qualität nach — wäre das starre Zahlenbild lebendig geworden. Und gerade das Krankenhaus ist derjenige kommunale Betrieb, von dem man „sehr viel“ sagen kann. Der Zahlenberg hätte nichts an seiner Schönheit verloren, wenn die wichtigsten Denkschriften des Chefarztes, Herrn Dr. Kupp, über die Ungünstigkeit des Krankenhauses in einem Anhang als Sonderbericht veröffentlicht worden wäre. Dessenfalls ausdrehen, das ist beim Krankenhaus ein Gebot der Notwendigkeit. Nörrnheims Schweigen gibt Stoff zu allerhand dunklen Gemurmel, reizt den Unwillen der Klüftler und erweckt den Defensivismus und schädigt am schwersten das Krankenhaus selbst. Niemand kann die hartnäckige Festhaltung an den überkommenen, liebgehabten Zuständen verstehen. Die Vordröben auf das Befehlende sind verbraucht; vor die Bevölkerung hinfreten und sagen, unser Krankenhaus ist veraltet, das Arbeiten in den engen und ungenügenden Räumen wird immer schwieriger, ein modernes, großes Krankenhaus braucht Pforzheim, das tut not. So wird in der Bevölkerung freudiger Widerhall geweckt.

Freiburg.

2. Sept.

Wir haben feierlich über den Mordversuch, welchen der Zimmermeister Koch an dem Vorstände des hiesigen Mauerverbandes verübt, berichtet. Am letzten Dienstag stand noch wegen dieses Sat vor dem Eisenricht. Durch die Voruntersuchung war festgestellt, daß Koch gesagt hatte, den werke ich ja tut. Es warerner festgelegt, daß er einen Raufen durch das Stiegenhaus hinter und einen zweiten Baufleiss von der Dachhöhe nach dem am Boden stehenden Wolf warf. Chemiker wie die Steinwerke schlingen, hätten sie Wolf zu Tode bringen können. Die Anklage lautete auf Verdröben und Verfen mit Steinen nach Menschen. Koch leugnete die Tat, gab aber an, er hätte sich furchtbar aufgeregt. Wolf auf den Bau gegangen sei. Auch sei Wolf schuld an der Sperre, die über seinen Weg herab fiel. Das letztere ist eine Lüge und Koch hat diese Lüge beständig ausgeprochen. Er weiß ganz gut, daß Wolf mit dieser Sperre nichts, aber auch gar nichts zu tun hatte. Doch einem Angeklagten ist es zu verzeihen, wenn er sich herauszulassen verliert. Genügt hat es ihm diesmal aber nicht. Er wurde überwiesen und in der letzten Begründung wurde sein „unerschämtes Beugen“ als strafbar angesehen. Daß der Verteidiger für Herrn Koch lobend hervorhob, daß er sich dem Terrorismus der Geleiten nicht füge, nehmen wir ihm nicht ab. Mit seinen übrigen Ausführungen hat er nur bewiesen, daß er von den Organisationsformen und Verbindungen der Arbeiter auch nicht das geringste versteht. Bemerkenswert war ihm dem Herrn, daß der Stand der Gewerkschaftsbeamten moralisch mindestens ebenso hoch steht, wie irgend ein anderer Stand und kann er sich irgendwelche Bemerkungen über diese Leute machen. Wenn nicht ist es schon, wenn auch der Staatsanwalt, trotzdem Wolf unter Eid versichert hat, daß er mit der Wahsperr nichts zu tun hat, meint, Wolf sei an der Wahsperr zwar direkt nicht beteiligt. Sowie sollte ein Anwalt wissen, daß ein Mauer bei einer Wahsperr, die von den Zimmerern beschlossen wird, nichts zu sagen hat. Einem Unternehmer wird es als mißverständlicher angesehen, wenn er in Rat kommt, wenn er nur einen sogenannten „Mitgeber“ steht. Wir sind ja gern damit einverstanden, daß die Erregung, die bei den wirtschaftlichen Kämpfen entsteht, bei etwaigen Straffällen als Milderungsgrund gilt, nur sollte es bei streitenden Arbeitern auch so sein. Nach den Ausführungen des Anwaltes mußte man sich nur wundern, daß das Gericht zu einer Verurteilung kam. Die Schöffen und der Vorlesende hatten offenbar eine andere Auffassung von der Sache. In der Urteilsbegründung fielen scharfe Worte gegen Koch. Das Urteil lautete auf 100 Mk. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis. Wir wollen einmal eine Parallele ziehen. Angenommen, von den bei Koch in Vorhanden getretenen Zimmerern arbeitet einer in einem Bau. Es kommt der Vorlesende der Mauermeister herbeizuführen. Der Zimmerer, der Mann hat schon daran gearbeitet, eine Ausführung der Wandarbeiter herbeizuführen. Er nimmt an, er sei auch schuld daran, daß der Fall Koch nicht zur Entscheidung kommt. Er wird erregt und sagt: „Den werke ich ja tut“, und wirft dann in der gleichen Zeit mit Bausteinen nach dem Mann. Würde der Mann auch auf freiem Fuß bleiben? Wir glauben nicht. Würde die Anklage auch so harmlos auf? Werden mit Steinen nach Menschen“ lauten? Wir glauben nicht. Möglicherweise würde der Mann wegen Mordversuch nach dem Schwurgericht gestellt. Es ist in den letzten Jahren manches Urteil gegen Arbeiter ergangen. In den meisten Fällen fällt die Arbeiter für Verdröben, an deren Ausführung sie gar nicht gedacht haben, viel härter bestraft worden, als hier ein Unternehmer, der in einer gemeinen, rohen und gefährlichen Weise seine Drohung wahr zu machen verfuhr. Wir haben Fälle, wo für Verdröben, wie: „Ich schlag dir dein Rad zusammen“ sechs Wochen, „Du gehörst totgeschlagen“, zwei Monate, „Die schlag ich die Knochen ab“, drei Monate gegeben wurden. Diese Fälle wurden auch ohne weiteres vor die Strafkammer gezogen. Solche Vergleiche müssen wir ziehen. Wir müssen der Anklage entgegenzutreten, als seien unsere Verbindungen an sich schon verdächtig und müßten deshalb, sobald es sich um einen Arbeiter handelt, die strengsten Strafen eintreten. Wenn die Tatsache, daß ein Meister sich mit seinen Arbeitern im Kampfe befindet, für sich strafmildernd ist, so darf die gleiche Tatsache für uns nicht strafverschärfend sein.

Reizend ist auch, daß die Baubehörde nicht etwa dem Zimmermeister Koch den Wauplatz verleiht, sondern an Wolf einen Schreien, daß er den Wauplatz nicht mehr betreten dürfe und zugleich hat die Baubehörde Anklage wegen Hausfriedensbruch erhoben, trotzdem Wolf nur einen Auftrag dort erledigte.
Bestimmte ist hier nochmals, daß die Wahsperr gegen Koch nicht wegen Lohnforderungen herabgesetzt wurde, sondern wegen Handlungen von Koch, die derart gegen die guten Sitten und gegen die Moral verstoßen, daß selbst der Zimmermeisterverband es ablehnte, für sein Mitglied Koch einzutreten.
In einer Versammlung in Heidelberg erzählte das Rügenmaul der Versammlung, Mott habe die den Verhandlungen in Speier gesagt, Arbeiter im Mauer, wenn daselbe nicht mindestens 30 Zentimeter hoch sei, seien keine Wasserarbeiten

Durlach, 2. Sept. Gestern früh um 8 Uhr wurde die hiesige Feuerwehr alarmiert, es war in der Egener des Landwirts Gabriel Rittershofer in der Etlingerstraße ein Brand ausgebrochen, der Scheuer, Stallung und größere Futtervorräte vernichtete, das Wohnhaus konnte geschützt werden. Unter dem dringenden Verdacht, den Brand selbst angelegt zu haben, wurde der Eigentümer, oben genannter Landwirt, gestern Vormittag verhaftet.

Die hiesige freiwillige Feuerwehr feierte heute ihr 60jähriges Jubiläum. Zur Feier waren etwa 90 Weiber mit rund 2000 Teilnehmern anwesend.

Waldkirch, 2. Sept. Im benachbarten Kollnau starb ein 13jähriges gelbes und blühendes Mädchen innerhalb weniger Tage, nachdem es auf frisches Obst und getrunken hatte. Es kann deshalb von Eltern und Lehrern nicht dringend genug vor dem Genuß von Bier und Wasser auf Frische gewarnt werden.

Herzsch, 2. Sept. Das Herrn Schläpfer gehörige Sägewerk ist niedergebrannt. Der Schaden wird auf 40000 Mk. geschätzt und ist durch Versicherung gedeckt.

Mehrfach, 2. Sept. In Sautdorf brannte das Anwesen des Landwirts S. Ding nieder. Zahlreiche Getreidevorräte und 4 Pferde gingen zugrunde. Der Schaden beträgt etwa 80000 Mk., ist jedoch nur teilweise durch Versicherung gedeckt.

Hebertingen, 2. Sept. Die Obsternte in der Gegend ist heuer gut. In Anbetracht dessen sind wieder 9 große Obstmärkte in den Monaten September und Oktober geplant.

Reinsheim, 1. Sept. Heute früh entzündete in Folge Unachtsamkeit in der im Hinterhaus Schweigergasse 20 befindlichen Schreinerwerkstätte von Bahmann Feuer, wodurch ein Gebäude und Sachschaden von etwa 10 000 Mk. verursacht wurde.

Gemeindezeitung.

H.W. Aus 5 Durlach, 1. Sept. Bei der heute stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung ist unser Vorschlag mit 4 Stimmen unterlegen.
Es wird notwendig sein, auf diese Wahl noch einmal zurückzukommen, denn sie liefert ein fruchtbares Kapitel zu dem Thema: Die politische Verimpfung der Arbeiter durch die bürgerlichen Parteien und Altimbervereine.
Konstanz, 31. Aug. (Verichtigung.) In der Korrespondenz Nr. 102 unter Konstanz soll es im letzten Satz nicht heißen: Von allen Bürgermeistern in ganz Baden, sondern: Von allen bürgerlichen in ganz Baden usw. A. K.

Haus der Residenz.

Karlsruhe, 3. Sept.

Christliche Kampfesweise.

So könnte eine ständige Kritik in den Zeitungen der modernen Gewerkschaften und in den Parteiblättern lauten, wollten wir nach dem Muster unserer feindlichen „Brüder in Christo“ diese Zeitungen zur Verhöhnung und nicht zur Aufklärung der Massen benutzen. An Material würde es wahrlich nicht fehlen. In Ermangelung von stichhaltigen Gründen, die gegen die freien Gewerkschaften ins Feld geführt werden können, greift man zu Mitteln der Verhöhnung und Verleumdung.
Auf diesem Gebiete ist der seit einem Jahr in Karlsruhe von dem christlichen Bauhandwerkerverband angestellte Sekretär Mott ein Meister. Dieser „Welt“ scheint, nach einem Artikel zu urteilen, den er in seiner Fachzeitung Die Baugewerkschaft am 29. Juli gegen den Bezirksleiter der organisierten Maurer, Philipp, geschrieben hat, am Ende seiner geistigen Fähigkeit, sachliche Kämpfe gegen seine Gegner zu führen, angelangt zu sein, sonst würde er nicht solche Schimpfworte, wie aus folgendem ersichtlich, gegen Philipp gebraucht haben. Mott schreibt:

„Wie die Verleumdung von den „Grundstein“-Anhängern zum Teil systematisch betrieben wird, zeigt die Handlungsweise des sauberen Bezirksleiters Aug. Philipp in Karlsruhe. Dieser Patron liegt seinen Mitgliedern die Suche so voll, daß sie fast darunter zusammenbrechen. In einer Delegiertenversammlung lag dieses Individuum den Kollegen, um sie recht grübelig vor der christlichen Organisation und dem Kollegen Mott zu machen, folgendes vor: Der christliche Sekretär Mott sei bei der Bewegung in Pforzheim am Arbeitgeber gelauert und habe ihm Streikbrecher angeboten. Fünf Mann seien bereits gestellt usw.“

Bei Mott, wie aus obigem ersichtlich, die gebräukete Reberburst spielt, und seine christliche Ehre in Gefahr sieht, will ich folgendes erklären: Ich habe, um meinen Kollegen den wahren Charakter des „christlichen“ Mott vor Augen zu führen, in jener Versammlung erklärt, daß Mott anlässlich der Sperre beim Unternehmer Mäfer zu diesem hingelaufen sei und habe ihn (Mäfer) über die Ursachen der Sperre befragt; nachdem Mott von Mäfer Auskunft erhalten habe, erklärte er diesem gegenüber: Daß dieses Vorgehen eine „unerschämte Frechheit“ von unferen Kollegen sei.

Es wird wohl dem Herrn Mott sehr schwer fallen, diesen Schandfleck von seiner Stirne abzuwaschen, denn Mäfer erklärte dieses selbst gelegentlich einer gemeinschaftlichen Sitzung der Arbeitgeber und der Lohnkommission der Maurer. Wichtig ist ferner, daß ich gefragt habe: Wenn der Würdige Mott unter Vorgehen als unverschämte Frechheit betrachtet, dann ist er auch fähig, bei einem eventuellen Konflikt mit den Arbeitgebern Streikbrecher nach Pforzheim zu locken, genau so, wie er es in Düsseldorf getan hat. (Die Düsseldorfer Affäre werde ich in einem anderen Fall noch klarlegen.)

In Speier schloß die „christliche“ Organisation am 28. Februar d. J. mit den Arbeitgebern einen Arbeitsvertrag ab, welcher auch von Mott unterzeichnet ist. In diesem Vertrag ist ein Bonus enthalten, wonach für Wasserarbeit 50 Prozent Zuschlag bezahlt wird. Als Wasserarbeit gilt, sobald das Wasser durch Pumpen nicht unter 30 Zentimeter gebracht werden kann.“

Ich habe, weil ich es für unbegreiflich finde, daß von einer Organisation Verträge abgeschlossen werden, wonach die Arbeiter erst 30 Zentimeter im Wasser herumpatschen sollen, ehe sie einen diesbezüglichen Aufschlag dafür erhalten, diese Tatsachen in verschiedenen unserer Versammlungen gehörig an den Pranger gestellt und ich habe bei dieser Gelegenheit einem Menschen, der solche Verträge unterschreibt, den Charakter eines Gewerkschaftsführers abgesprochen.

Wenn sich nun Mott darüber beleidigt gefühlt hätte, weil ich wahrheitsgemäße Tatsachen kritisiert habe, wäre es begreiflich gewesen, so aber stellt sich dieser „Christliche“ als unzulängliches Ramm hin und schreibt in seinem berühmten Artikel folgendes gegen mich:

„In einer Versammlung in Heidelberg erzählte das Rügenmaul der Versammlung, Mott habe die den Verhandlungen in Speier gesagt, Arbeiter im Mauer, wenn daselbe nicht mindestens 30 Zentimeter hoch sei, seien keine Wasserarbeiten

oder brauchen wenigstens nicht als solche vergütet zu werden. Ich erkläre diesen sauberen Herrn Aug. Philipp so lange für einen ehrlichen Verleumder und Ehrabschneider, bis er für diese Behauptungen die Beweise erbracht, oder diese Behauptungen widerrufen hat.“

„Gut, christlich“, nur wird es in diesem Falle den Lesern überlassen bleiben, darüber ein Urteil zu fällen, ob derjenige, der die Tatsachen wahrheitsgetreu seinen Kollegen schildert, oder der andere, der Verträge unterschreibt und die darin enthaltenen Tatsachen als nicht vorhanden abstreift, den Titel Verleumder und Ehrabschneider verdient hat. Trotzdem der „christliche“ Sekretär Mott seinen Artikel sehr gut mit Schimpfnamen abgeschmälzt hat, hat er doch, um seinen Mitgliedern die Auflage so schmackhaft wie möglich zu machen, zum Schluß nicht vergesen, noch folgenden Senf dazu zu geben: er schreibt:

„Wie man in Karlsruhe von seiten der Freiheitshelden operiert, zeigt, daß „Grundstein“-Maurer das Gericht zu verbeiben suchen, Mott und Philipp stritten sich in Versammlungen, aber nachher tranken sie Motwein zusammen. Nun, wenn die Gehe die christlichen Kollegen nicht fangen, dann zieht kein Mittel mehr. Ich erkläre, daß ich meine Ehre dem doch zu hoch einschätze, um mit solchem Subjekt einen intimen Verkehr zu pflegen.“

Muß der Mensch eine hohe Ehre haben! Uebriens muß ich sagen, daß Mott in seiner Erfindungsfaust, das zeigt das Notweinmärchen, wirklich „großartig“ ist, ich bin überzeugt, daß er es im Lügen mit jedem M.-Glöbhaber aufnehmen kann. So viel steht fest, wenn von dem Notweintrinken auch nur ein einziges Wort wäre, dann hätten mir das die sogenannten „Grundstein“-Maurer schon längst unter die Nase gehalten, denn diese sind bei weitem nicht so launisch, wie die Anhänger von dem „Anschlußsind“ Mott.

Das ist die richtige „christliche“ Kampfesweise, wenn die Herren Führer der Christlichen nichts mehr zu schimpfen wissen, dann wird schnell ein Märchen erdichtet, und dann gehts los, dann wird geschimpft und verleumdet, daß an den Führern der freien Gewerkschaften kein gutes Haar bleibt. Wenn man bedenkt, wie diese „Helden“ unter der Plagge für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ ihr scheinheiliges Wesen treiben, so muß es geradezu wundern, daß es heute noch Arbeiter geben kann, die diesen Brüdern nachlaufen. Zum Schluß meint Mott in seinem Artikel so recht naiv:

„Aber das steht wohl fest, daß die Maurer von Karlsruhe und Umgebung auch einmal die Luft verlieren werden, sich von solchen Elementen stets mit Lügen füttern zu lassen.“

Nun, wenn Mott glaubt, daß wir auf grund einer Verdröbnung und Lügenpolitik eine solche riesige Entwicklung unserer Organisation zu verzeichnen haben, dann täuscht er sich doch ganz gewaltig. Die Maurer des Bezirks Karlsruhe haben eigentlich schon sehr viel Lebenswirklichkeiten hören müssen, aber das einer Herkommen und sie alle dumme Kerle verzoht, die sich stets und ständig anliegen lassen, ist ihnen jedenfalls noch nicht vorgekommen. Soffentlich geben die Maurer des Bezirks Karlsruhe bei Gelegenheit dem Herrn Mott die gebührende Antwort.

Zum Schluß will ich nur noch bemerken, daß mir der Herr Sekretär Mott mit seinem so vortrefflich ausgearbeiteten Artikel behilflich war, seinen wahren „christlichen“ Charakter kennen zu lernen. Wenn wir auf diese Art und Weise von den Führern „für Wahrheit und Recht“ bekämpft werden, dann wird es uns in Zukunft sehr leicht gelingen, auch die uns entfernt stehende Arbeiter der freien Gewerkschaften auszuführen. In einem anderen Kapitel werde ich die Soldaten dieses Christen Mott während dem Düsseldorf-Mauerstreik, den Lesern vor Augen führen, um den Beweis zu erbringen, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften weit mehr christliche Nächsten liebe in sich tragen, als diejenigen die unter dem Demantel der Christlichkeit ihr scheinheiliges Wesen treiben.

Vom Schulgeld an den Mittelschulen.

Der groß. Oberlehrer teilt mit, daß das groß. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, dem Antrag des Stadtrats entsprechend, das Schulgeld an den hiesigen Realschulmittelschulen (Realschule und Realschule) mit Wirkung vom 12. September ds. J. an auf jährlich je 60 Mk. festgesetzt hat.

Ernennungen.

Mit Zustimmung des groß. Oberlehrers werden die nachbezeichneten Handarbeitslehrerinnen an der hiesigen Volksschule mit Wirkung vom 1. Jan. 1906 an zu Hauptlehrerinnen ernannt: Anna Brummer, Luise Berger, Elise Brink, Marie Heller, Sofie Stoll, Mina Riß, Marie Hafner, Frieda Pippel, Emilie Hilger, Luise Burkhardt Witwe, Mathilde Lautenschlager, Anna Drexler, Marie Mähner und Anna Lünzmann.

* Nabenbahn Durlacher Allee. Auch zu den gestrigen Rennen hätte sich wieder eine überaus große Zahl Schaulustiger eingefunden. Das Hauptinteresse galt diesmal dem Dauerfahrer H. Wendredt, Martinius (Fritta). Derselbe konnte sich jedoch gegen E. H. Hart-Durlach nicht behaupten und ging letzterer im 1. Laufe als Sieger des großen Preises von Baden hervor. Bei der vorliegenden Runde des 1. Laufes kam der Motorfahrtschmittmann von Ehardt, Scherzinger-Durlach, infolge eines Motordefektes so unglücklich zu Falle, daß er bewußlos von der Bahn getragen werden mußte. Nachfolgend kurz die Resultate der einzelnen Rennen:

- 1. Ernennungsfahren, 1200 Meter: 1. Zumert-Pforzheim, 2. Mund-Speier, 3. Pfeiffer-Dellfeld, 4. Schäfer-Schwegenheim, 5. Gläde-Offenburg.
- 2. Erster Lauf zum großen Preis von Baden, 30 Kilometer: 1. E. H. Hart-Durlach, 2. Wendredt-Martinius, 3. Fong-Speier, 4. Meißner-Waldkirch, 5. Vorläufer über je 800 Meter, Endlauf über 1000 Meter: 1. Weitingger-Ludwigschafen, 2. Fong-Speier, 3. Knappe-Badenhausen, 4. Zumert.
- 4. Zweiter Lauf zum großen Preis von Baden: 1. Wendredt, 2. Fong, 3. E. H. Hart. Letzterer wurde infolge der beim Sturz im ersten Laufe erlittenen Konfusion das Rennen alsbald aufgeben. Das Gesamtergebnis war demnach: 1. Wendredt, 2. Fong, 3. E. H. Hart, 4. Weitingger, 5. Fritta, 6. Knappe, 7. Knappe, 8. Knappe, 9. Knappe, 10. Knappe.

minnenden Nummer 200 sich zusammen gelaufen hatten, die glücklichen Gewinner. Ende der Rennen halb 8 Uhr.

Freiwillig aus dem Leben geschieden ist Genosse Schriftfeger Fritz Hed. Am Donnerstag früh schloß er sich mit einem Revolver in die linke Brustseite, wodurch er sich eine schwere Verletzung zuzog, an deren Folgen Hed gestern früh im Krankenhaus gestorben ist. Die Ursache zu dem traurigen Schritt soll in einem schweren Augenübel zu suchen sein, an welchem Hed schon längere Zeit gelitten hat und das keine Aussicht auf völlige Heilung mehr bot. Genosse Fritz Hed war in den Kreisen seiner Berufskollegen als auch in den Kreisen der Parteigenossen eine wegen seines gefunden, nie veräußerten Humors sehr beliebte Persönlichkeit. Bis vor kurzem war er in der Offizin des Volksfreund beschäftigt. In der Partei wie in der Gewerkschaft hat er jederzeit treu und gerne seine Pflichten ausgeübt. Sein Andenken wird in Ehren gehalten.

a. Unfall. Am Samstag Abend, kurz vor 6 Uhr, stürzte in der Durlacher-Allee ein 28 Jahre alter Wechner aus Weierheim von Dach eines 5 Stock hohen Hauses, wo er mit noch 2 anderen Arbeitern beschäftigt war, in den Vorgarten und war sofort tot. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und 3 Kinder. Einer der Kollegen des Verunglückten bewachte sich, u. E. ganz mit Recht, darüber, daß der in so tragischer Weise um das Leben gekommene Arbeiter, in dem Sturbe geholt worden sei, der sonst für die Selbstmörder Verwendung findet. Auch sollen die Leute, die den Verunglückten geholt haben, nicht die auch gegenüber einem toten Menschen noch gebührenden Rücksichten haben obwalten lassen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß an diese Leute eine entsprechende Anweisung ergeht, damit derart empörende Vorgänge, wie man sie am Samstag Abend beobachten konnte, in Zukunft nicht mehr passieren.

* In einem Anfall von Gekteskröpfung stieg am Samstag Abend ein verwitweter Schneider aus dem Dach eines Hauses in der Adolfsstraße und stürzte, wurde neben fahrend, auf demselben umher. Von drei Schutzleuten wurde derselbe vom Dach heruntergeholt und ins städtische Krankenhaus verbracht.

Letzte Post.

Wilow „dementiert“.

Berlin, 1. Sept. Die Nordd. Allgemeine Zeitung schreibt: Durch die Presse geht die Nachricht (siehe unter Deutschland, N. d. B.), der Kommandeur der Schutztruppe Oberst von Deimling habe den Weiterbau der Eisenbahn Viderbücht-Rubub bis Keetsmanshoop auf eigene Faust angeordnet. Es ist richtig, daß von Deimling wiederholt bei dem Oberkommando der Schutztruppen und bei dem Generalstab beantragte die Eisenbahn Viderbücht-Rubub sofort nach Erreichung von Rubub als Feldbahn bis Keetsmanshoop weiterzubauen, da er den schätzbaren Bau der Straße Rubub-Keetsmanshoop im militärischen Interesse zur Sicherung des Nachschubs für unbedingt notwendig erachtet. Zugleich hat von Deimling um die Entsendung des erforderlichen Materials gebeten. Auf diese Anträge wurde dem Obersten durch den Generalstab in Lieberitz mit dem Reichsanwalt telegraphisch eröffnet, daß Material für den Weiterbau der Bahn über Rubub hinaus ohne Genehmigung der Mittel durch den Bundesrat und den Reichstag nicht zur Verfügung gestellt werden kann. (Anmerkung der Red. des Volksfr. In der durch die Presse gegebenen Notiz heißt es, daß v. Deimling die Bahn habe auf eigene Faust bauen lassen. Diese Behauptung ist vorerst noch nicht demontiert.)

Fleischsteuerung und kein Ende.

Ashaffenburg, 1. Sept. Von heute an kostet hier Ochsenfleisch pro Pfund 85 Pf. (seither 80 Pf.), Muttelfleisch 80 Pf. (76), Kalbfleisch 65 Pf. (56), Kalbfleisch 80 Pf. (76) und Schweinefleisch 85 Pf. (76 Pf.).

Anarchisten als Madamacher.

Leipzig-Schöna, 3. Sept. Während der Delegiertenversammlung der sozialistischen Union der Bergarbeiter, die gestern in Dury abgehalten wurde, fanden nach der Abstimmung große Zusammenkünfte statt. Anarchistische Bergarbeiter drangen in den Saal, den nachher Bergarbeiter räumte. 2 Personen wurden verwundet, mehrere verhaftet.

Russische Revolution.

Kampf gegen das Militär und die Polizei.

Liban, 2. Sept. In der Nacht auf den 1. September wurde aus den in der Nähe des Geländes gelegenen Häusern auf einen Militärkonvoi geschossen und dabei ein Polizeibeamter verwundet. Das herbeigerufene Militär umzingelte die Häuser und gab auf dieselben Schüsse ab. Das beiderseitige Feuer währte anderthalb Stunden. Von den Soldaten ist feiner verwundet, von Privatpersonen wurden vier getötet; außerdem erlagen zwei Zivilisten den erhaltenen Wunden. 32 Männer und 29 Frauen wurden verhaftet.

Steuerverweigerung der Bauern.

Odesa, 1. Sept. Einer vom Ministerium erhaltenen Verfügung zufolge begann die Verwaltung in den umliegenden Dörfern bei den Bauern die Steuern einzufordern. Die Bauern verweigerten die Zahlung und überließen die Vertreter der Verwaltung und die Polizeibeamten. Daher wurde der Gouverneur um Absendung von Truppen ersucht.

Naubankfälle.

Tula, 1. Sept. Auf der hiesigen Giterstation der Moskauer-Narbsbahn erbrachen fünf mit Revolvern bewaffnete Personen die Kasse und raubten 2000 Rubel.

Mordanschlag.

Mordanschlag, 1. Sept. Umweil der Stadt wurden dem Kaiserer der staatkundlichen Prämienüberlage von einer bewaffneten Bande 16 000 Rubel geraubt.

Dombenattentat.

Grodno, 2. Sept. Heute Abend wurde auf Polizisten, die auf dem Kommunionsplatz standen, von einem Manne eine Bombe geworfen, durch die 5 Personen verwundet wurden. Als ein Gehilfe des Polizeioffiziers auf den absonderlichen Uebelthäter feuerte, wurden aus der angesammelten Volksmenge Revolvergeschosse abgegeben. Die Polizisten erwiderten das Feuer. Auf Seiten der Polizei wurde der Polizeioffizier und ein Schutzmann leicht verwundet und aus der Menge eine Frau und 2 Männer leicht, einer schwer verletzt.

Vereinsanzeigen.

(Gemeinschaftsartikel.) Dienstag, 4. September, im hiesigen Sitzungssaal. Erscheinen aller Delegierten notwendig. 8445. Der Vorstand.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil W. Kolb; für die Anzeigen H. Piegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund W. d. U. G. e., sämtliche in Karlsruhe.

